Verfälschendes Corona-Enquete-Protokoll: „Der Begriff Aufarbeitung bekommt eine erstaunliche Wendung“

Tom Lausen ist einer der Sachverständigen in der Corona-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. In seinem neuen Buch berichtet er von den Schwierigkeiten dort: wie brisante Themen in nichtöffentliche Sitzungen verbannt werden, wie eingeladene hohe Beamte zu zentralen Fragen keine Kenntnisse haben – und wie fachliche Kontroversen durch Auslassungen im Protokoll nachträglich entschärft werden. Multipolar veröffentlicht Auszüge und hat Lausen interviewt.

ULRIKE UND TOM LAUSEN, 26. Oktober 2026, 0 Kommentare

Wer im Frühjahr 2020 einen Fernseher besaß, kannte Bergamo. Aber auch die Menschen ohne TV lernten Bergamo kennen. Die italienische Stadt war plötzlich omnipräsent. In Nachrichtensendungen, Pressekonferenzen, Regierungserklärungen und politischen Begründungen. Bergamo war nicht mehr nur ein Ort in der Lombardei. Bergamo war ein Argument. Ein sehr starkes sogar. Mit Bergamo ließ sich erklären, dass jetzt schnell gehandelt werden müsse. Warum Krankenhäuser vorbereitet, Operationen verschoben, Schulen geschlossen, Kontakte verboten und ganze Länder heruntergefahren werden sollten.

Gerade deshalb war ich gespannt auf Dr. Andrea Ammon. Sie war während der Pandemie nicht irgendeine Fachfrau, die gelegentlich einen Gastbeitrag veröffentlicht hatte. Sie leitete das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, kurz ECDC – jene europäische Behörde, die Daten sammeln, Risiken bewerten und Empfehlungen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten geben sollte. Wenn jemand einen belastbaren Überblick über Bergamo, Schweden und die Krankenhäuser Europas haben müsste, dann doch wohl die frühere Direktorin dieser Behörde. So jedenfalls meine naive Arbeitshypothese.

Am 11. Juni 2026 war Dr. Ammon zu Gast in der Arbeitsgruppe „Wissenschaft, Daten und Kommunikation“ der Enquete-Kommission. Neben ihr war Prof. Sir Stephen Powis eingeladen, der frühere National Medical Director des

NHS England. Eine hochkarätige Runde also. Die Befragung der beiden Sachverständigen fand nicht-öffentlich statt. Das gehört zu den besonderen Reizen parlamentarischer Aufarbeitung: Je größer das öffentliche Interesse, desto sorgfältiger wird geprüft, ob die Öffentlichkeit auch wirklich dabei sein muss.

Prof. Stefan Homburg eröffnete den interessanten Teil mit einer angenehm einfachen Frage. Die meisten europäischen Länder hätten einen ähnlichen Weg eingeschlagen. Schweden dagegen sei deutlich ausgeschert. Welcher Weg sei aus Sicht der früheren ECDC-Direktorin der bessere gewesen? Schweden oder die „Lockdowner"?

Dr. Ammon antwortete zunächst, Schweden sei gar nicht so grundsätzlich anders vorgegangen. Sie habe während dieser Zeit dort gelebt und könne das aus persönlicher Erfahrung sagen. Dann nannte sie einige Unterschiede. Kindergärten und Grundschulen seien nicht geschlossen worden. Statt verbindlicher Verordnungen habe es überwiegend Empfehlungen gegeben. Die Bevölkerung habe diesen Empfehlungen allerdings in hohem Maße Folge geleistet. Mit anderen Worten: Schweden sei nicht grundsätzlich anders gewesen. Es schloss nur die kleinen Kinder nicht aus ihren Einrichtungen aus, verhängte keinen Lockdown nach deutschem Muster, setzte nicht auf allgemeinen Maskenzwang und begnügte sich weitgehend mit Empfehlungen. Ansonsten praktisch identisch.

Homburg ließ das nicht durchgehen. Er wies darauf hin, dass Schweden die Schulen bis einschließlich Sekundarstufe I offengehalten, keinen Lockdown und keinen Maskenzwang gehabt habe. Das seien nicht bloß kleinere skandinavische Dekorationsunterschiede. Seine Frage bleibe: Wer habe den besseren Weg gewählt?

Dr. Ammon erklärte, das schwedische Modell lasse sich nicht ohne Weiteres auf andere Länder übertragen. Eine solche Freiwilligkeit hätte in Deutschland wahrscheinlich nicht funktioniert. Das wisse sie auch aus Berichten von Verwandten und Freunden in Deutschland und anderswo.

Andrea Ammon | Bild: picture alliance / zumapress.com / Luka Dakskobler

Das ist menschlich nachvollziehbar. Jeder hat Verwandte und Freunde. Als Ersatz für eine vergleichende europäische Behördenauswertung ist der Familienfunk allerdings nur eingeschränkt zertifiziert. Ich hatte erwartet, das ECDC habe die europäischen Strategien systematisch verglichen: Welche Maßnahmen galten wann? Welche Krankheitslast entstand? Welche Schäden traten auf? Welche Länder schnitten bei ähnlicher Bevölkerungsstruktur besser oder schlechter ab? Stattdessen erfuhren wir, dass die Schweden ihren Behörden besonders vertrauen und

Bekannte in anderen Ländern vermutlich weniger freiwillig mitgemacht hätten. Europa verfügte offenbar über zahlreiche Surveillance-Systeme. Für diese Frage kam die Verwandten-und-Freunde-Surveillance zum Einsatz.

Pandemiepläne, die nicht für die Pandemie zuständig waren

Homburg fragte weiter. Vor der Corona-Zeit habe es nationale Pandemiepläne gegeben. In diesen Plänen hätten Lockdowns, flächendeckende Schulschließungen und Alltagsmasken gerade keine zentrale Rolle gespielt. Weshalb spreche Dr. Ammon dann von einer guten Vorbereitung, wenn anschließend wesentliche Teile der tatsächlichen Politik außerhalb dieser Pläne entwickelt worden seien? Ihre Antwort war bemerkenswert. Mit Vorbereitung habe sie nicht die nationalen Pandemiepläne gemeint. Gemeint gewesen sei der Vertrauensaufbau der Mitgliedstaaten in die Empfehlungen des ECDC.

Das muss man einen Moment wirken lassen. Die Vorbereitung bestand demnach weniger darin, vorher festzulegen, welche Maßnahmen unter welchen Voraussetzungen sinnvoll, wirksam und verhältnismäßig wären. Vielmehr sollte Vertrauen in spätere Empfehlungen aufgebaut werden. Der Plan war also nicht unbedingt der Pandemieplan, sondern es ging darum, größtmögliches Vertrauen der Bürger zu erzielen. Das ist institutionell bequem. Vertrauen hat gegenüber Daten einen großen Vorteil: Es muss nicht jede Woche aktualisiert werden.

Dr. Ammon ergänzte noch einen wichtigen Punkt zu den Schulschließungen. Hätte man sie bereits damals durch Forschung, Monitoring und Datenerhebung begleitet, hätte man ihre negativen Wirkungen möglicherweise früher erkennen können. Auch das war aufschlussreich. Diese Maßnahme wurde großflächig eingesetzt. Die Forschung zur Erkennung ihrer Schäden hätte man im Idealfall gleichzeitig einschalten sollen. Gewissermaßen als eine wissenschaftliche Rückfahrkamera, nachdem das Fahrzeug bereits losgefahren war.

Unterbelegte Krankhäuser „nicht typisch für eine Pandemie“

Dann war ich an der Reihe. Mich interessierte zunächst SARI: die schweren akuten respiratorischen Atemwegsinfektionen, die immer zu einer Krankenhausbehandlung führen. Also die „Grippefälle“, die im Krankenhaus landeten und eben auch Rhino- oder RS-Viren-Fälle beziehungsweise andere und nun noch COVID. COVID ist auch SARI. SARI ist nicht besonders glamourös. Es produziert nicht täglich Millionen neue Fälle und eignet sich nur eingeschränkt für dramatisch rote Landkarten. Dafür hat das System einen anderen Vorteil: Es misst Menschen, die so schwer erkrankt sind, dass sie im Krankenhaus landen. Also die relevante Krankheitslast.

Dr. Ammon erklärte, das ECDC habe gemeinsam mit denjenigen Ländern, die dazu in der Lage gewesen seien, ein SARI-System aufgebaut. Der Nachteil sei, dass schwere Erkrankungen naturgemäß erst mit einer gewissen Verzögerung sichtbar würden. Ich entgegnete, dass wir schließlich nicht den Schnupfen monitoren wollten. Entscheidend sei doch, wer tatsächlich schwer erkrankt und im Krankenhaus behandelt werden müsse. Dr. Ammon bestätigte daraufhin diesen wesentlichen Punkt: SARI sei relativ unabhängig von der jeweiligen Teststrategie und ein gutes System, um die Belastung der Krankenhäuser zu beobachten.

Damit waren wir beim Kern. Denn wenn die Krankenhausbelastung so wichtig war, musste eine andere Frage erlaubt sein: Warum waren die deutschen Krankenhäuser während des ersten Lockdowns historisch unterbelegt? Elektive, also planbare, Operationen waren ausgesetzt oder verschoben worden. Kliniken liefen im besonderen Bereitschaftsbetrieb. Über Wochen wurden etwa 50 Prozent weniger Fälle behandelt. Ich fragte Dr. Ammon: War eine solche Unterbelegung typisch für eine Pandemie? Ihre Antwort war kurz und deutlich: „Das glaube ich nicht.

Also ich glaube nicht, dass das typisch ist für eine Pandemie.“ Man müsse sich im Einzelnen anschauen, warum die Krankenhäuser unterbelegt gewesen seien. Auf dieser konkreten Versorgungsebene sei das ECDC nicht so stark involviert gewesen.

Das war ein bemerkenswerter Moment. Die europäische Seuchenbehörde bewertete Risiken, sammelte Daten und gab Empfehlungen. Aber ausgerechnet bei der Frage, was in den Krankenhäusern tatsächlich geschah, endete der europäische Überblick offenbar vor der Eingangstür. Das ECDC hatte die Vogelperspektive. Nur leider konnte man von dort die leeren Betten nicht besonders gut erkennen.

Dabei ist genau diese Frage zentral. Wenn Operationen verschoben, Behandlungen unterbrochen und Patienten aus Angst oder auf politische Empfehlung hin ferngehalten wurden, entstehen mögliche Schäden nicht erst in einer theoretischen Modellrechnung. Sie entstehen in echten Körpern. Ein Krankenhaus kann gleichzeitig für eine erwartete Welle vorbereitet und für die vorhandenen Patienten zu leer sein. Beides kann wahr sein. Genau deshalb muss man es untersuchen. „Wir waren auf dieser Ebene nicht so involviert“, ist dafür eine ehrliche Antwort. Für die wichtigste europäische Seuchenbehörde ist sie allerdings keine besonders beruhigende.

Dann kam Bergamo

Bergamo war eines der prägenden Ereignisse der gesamten Pandemie. Die Bilder aus der Lombardei wurden in ganz Europa gezeigt. Sie trugen maßgeblich zur öffentlichen Wahrnehmung einer unmittelbar bevorstehenden Katastrophe bei. Deshalb wollte ich wissen, was das ECDC dort tatsächlich untersucht hatte. Wie viele Menschen waren dort ursächlich an Covid gestorben? Welche Rolle spielten unterbrochene Behandlungen? Gab es Versorgungsprobleme? Hatte das ECDC von Fluchtbewegungen gehört, etwa von migrantischen Pflegekräften, die die Region verließen? Dr. Ammon sagte, von diesen Fluchtbewegungen sei ihr nichts bekannt. Das ECDC habe auf europäischer Ebene die Übersterblichkeit beobachtet. Aus dieser Übersterblichkeit habe man jedoch nicht sagen können, ob sie durch Covid allein verursacht worden sei oder ob andere Faktoren beteiligt gewesen seien.

Auch das war ein erstaunlicher Satz. Bergamo war anscheinend politisch glasklar. Epidemiologisch blieb die Ursachenaufteilung allerdings deutlich unschärfer. Ich fragte, ob das ECDC kein Team nach Bergamo geschickt habe. Dr. Ammon antwortete, man sei natürlich in Bergamo gewesen. Das klang vielversprechend. Also fragte ich weiter: Wie groß war dieses Team? Wann war es dort? Was war sein Auftrag? Was hatte es untersucht? Welche Berichte oder Publikationen sind daraus entstanden? Darauf konnte Dr. Ammon keine konkrete Antwort geben. Sie sagte zu, die Informationen nachzureichen.

Das ist für sich genommen keine Schande. Niemand muss nach mehreren Jahren jede Gruppengröße auswendig kennen. Allerdings ging es nicht um den Betriebsausflug der Kantine. Es ging um den Einsatz der zentralen europäischen Seuchenbehörde an jenem Ort, der zum Sinnbild der europäischen Katastrophe geworden war. Bergamo war überall. Wer dort für das ECDC war, was untersucht wurde und wo der Bericht lag, musste erst noch herausgesucht werden. Europas bekanntester Pandemieort war offenbar aktenkundig – nur die Akte selbst hatte gerade einen Außentermin.

Tagungsort der Corona-Enquete-Kommission: Der Europasaal im Paul-Löbe-Haus, zwischen Kanzleramt und Bundestag | Bild: picture alliance/dpa | Michael Kappeler

Ich zeigte Andrea Ammon die Sterbekurve von Bergamo – diesen schmalen, steilen Ausschlag, der sich in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt hatte wie kaum ein anderes Bild der Pandemie. Sie kannte die Darstellung nach eigener Aussage. Mich interessierte weniger, ob sie die Grafik schon einmal gesehen hatte. Mich interessierte, ob sie erklären konnte, warum sie genau so aussah. Denn das Merkwürdige an Bergamo war für mich nicht nur, dass dort sehr viele Menschen starben. Es war die Art und Weise: Innerhalb kurzer Zeit schoss die Sterblichkeit gewaltig nach oben – und fiel danach fast ebenso schnell wieder weitgehend auf den vorherigen Verlauf ab.

Ammon verwies zunächst auf das hohe Durchschnittsalter der Bevölkerung. Natürlich. Bergamo war alt. Das wusste ich inzwischen ziemlich genau. Im Jahr 2025 war ich nämlich selbst dort gewesen. Nicht für einen Nachmittag, nicht für ein Foto vor einem Krankenhaus, sondern auf 27 Friedhöfen der Region. Mit einem Team hatte ich Tausende Gräber, Namen und Sterbedaten erfasst. Nach einigen Tagen zwischen Grabsteinen entwickelt man ein etwas anderes Verhältnis zu epidemiologischen Kurven. Jeder kleine Balken bekommt plötzlich einen Namen, zwei Lebensdaten und Angehörige, die Blumen gebracht haben.

Dass die Bevölkerung alt war, war also keine überraschende Entdeckung. Meine Frage ging darüber hinaus. Warum starben innerhalb eines so kurzen Zeitfensters außergewöhnlich viele Menschen? Warum entstand dieser fast senkrechte Gipfel? Und warum setzte sich das anschließend nicht annähernd in derselben Weise fort? Wenn das die typische Gestalt einer Pandemie war, hätte man etwas Vergleichbares nicht auch anderswo sehen müssen? Musste Deutschland damit rechnen? Und wenn ja: Warum sahen wir hier keinen Bergamo-Gipfel?

Ammon antwortete bemerkenswert schlicht: „Also wieso das in Deutschland nicht war, das weiß ich jetzt nicht.“ Ich mochte diesen Satz. Nicht, weil er meine Frage beantwortete. Genau das tat er nicht. Sondern weil er ehrlich war. Keine spontane Modellierung, kein hastig errichtetes Erklärungsgebäude, keine Folie, die zufällig bereits seit drei Jahren im Laptop auf ihre Frage gewartet hatte. Einfach: Ich weiß es nicht. In solchen Momenten wird eine Anhörung interessant. Ammon hielt es für möglich, dass auch der frühe Lockdown in Bergamo eine Rolle für den weiteren Verlauf gespielt habe, und kündigte an, den entsprechenden Bericht noch einmal herauszusuchen und zur Verfügung zu stellen. Das war vernünftig. Gleichzeitig blieb damit etwas Großes mitten im Raum stehen.

Bergamo war eines der zentralen europäischen Schreckensbilder der Pandemie. Mit solchen Bildern wurden Gefahren erklärt, Maßnahmen begründet und politische Entscheidungen unter enormem Zeitdruck getroffen. Und nun saß mir die frühere Direktorin des ECDC gegenüber und konnte nicht erklären, warum ausgerechnet dieses Ereignis diese extreme Form angenommen hatte und weshalb Deutschland einen solchen Verlauf nicht zeigte.

Das ist keine Kritik an ihrer persönlichen Offenheit. Im Gegenteil. Gerade ihre Offenheit machte sichtbar, wie begrenzt selbst der Überblick einer Institution sein kann, die für einen ganzen Kontinent Empfehlungen ausspricht. Man konnte Europa warnen und koordinieren. Man konnte sogar Empfehlungen formulieren. Aber fünf Jahre später blieb bei einem der prägendsten Ereignisse der Pandemie die erstaunlich einfache Frage offen: Warum genau dort, warum so kurz, warum so hoch – und warum anderswo nicht?

Vielleicht lag ein Teil der Erklärung im Virus. Vielleicht in der Altersstruktur. Vielleicht in der medizinischen Versorgung, in Kliniken, in Maßnahmen, in zeitlichen Verschiebungen oder in einer Kombination davon. Genau das wäre herauszufinden. Genau deshalb werde ich misstrauisch, wenn aus solchen Erfahrungen anschließend vor allem eine Forderung abgeleitet wird: Wir brauchen noch mehr zentrale Steuerung. Denn Zentralisierung erzeugt noch keine Erkenntnis. Man kann alle Meldungen Europas an einem Ort sammeln und trotzdem vor einer Kurve sitzen, auf die man keine überzeugende Antwort hat. Ein größerer Zuständigkeitsbereich macht den Schreibtisch größer. Nicht automatisch den Durchblick.

Ein verfälschendes Protokoll

Einige Zeit später erhielten wir den Ergebnisvermerk der Sitzung. Das ist eine amtlich anmutende Zusammenfassung dessen, was beraten und festgestellt worden war. Kein Wortprotokoll, aber doch ein Dokument, aus dem später andere Menschen entnehmen sollen, was im Wesentlichen gesagt wurde. An dieser Stelle wechselte das Fach unversehens von der Epidemiologie zur Tontechnik. Im Ergebnisvermerk stand: „Unterbelegung in Krankenhäusern sei typisches Phänomen ganz zu Beginn einer Pandemie." Das war interessant. Denn Dr. Ammon hatte auf meine Frage gesagt: „Ich glaube nicht, dass das typisch ist für eine Pandemie." Im Ergebnisvermerk fehlte also ein Wort. *Nicht.* (...)

Das verschwundene „Nicht" war nur der auffälligste Fall. Je länger ich den Ergebnisvermerk mit unseren Notizen der tatsächlichen Anhörung verglich, desto mehr bekam ich den Eindruck, dass die Sitzung auf dem Weg ins Papier eine strenge Reduktionskur durchgemacht hatte. Bergamo war noch da, aber deutlich leichter. Meine Frage, ob und mit welchem Auftrag ein ECDC-Team dort gewesen war, schrumpfte im Vermerk im Wesentlichen auf die Aussicht, dazu vielleicht später etwas nachzureichen. Auch Ammons Aussage, das ECDC habe zwar die Übersterblichkeit gesehen, könne aber nicht ohne Weiteres sagen, welcher Anteil tatsächlich auf Covid und welcher möglicherweise auf andere Ursachen zurückging, verlor auf dem Weg zur schriftlichen Zusammenfassung einiges von ihrer Sprengkraft.

Andere Dinge schafften es gar nicht erst bis ins Ziel. Die Flucht migrantischer Pflegekräfte: weg. Die Frage, ob man negative Folgen von Schulschließungen durch begleitende Forschung früher hätte erkennen können: weg. Homburgs deutlicher Widerspruch gegen die Darstellung, Schweden sei im Grunde gar nicht so anders vorgegangen: ebenfalls weg. Auch die Debatte über das britische Beratungsgremium SAGE (berät die WHO zu Impfstoffen, Impfstrategien und weltweiter Immunisierung) erschien später in einer angenehm kompakten Form, bei der die Kanten schon abgeschliffen waren.

Aus einer teilweise ziemlich kantigen Anhörung war ein Ergebnisvermerk geworden, der sich hervorragend anfassen ließ. Keine scharfen Ecken. Kaum störende Kanten. Sogar ein widerspenstiges „Nicht“ hatte die redaktionelle Mangelkur nicht überstanden. Das Faszinierende daran ist: Man muss nichts erfinden, um eine Sitzung zu verändern. Man lässt einfach hier etwas weg, kürzt dort einen Zusammenhang, glättet eine Formulierung und ersetzt einen offenen Konflikt durch eine freundliche Zusammenfassung. Aus Widerspruch wird Austausch. Aus Unklarheit wird Erörterung. Aus einer unbeantworteten Frage wird eine angekündigte Nachlieferung. Und plötzlich sieht selbst ein Streit aus, als hätten sich alle Beteiligten bei Gebäck sehr konstruktiv gegenseitig ergänzt.

Ich erhob deshalb schriftlich Widerspruch und bat in zehn Punkten um Korrektur oder Ergänzung. Es ging längst nicht mehr nur um dieses eine verlorene Wort. Es ging um Bergamo, mögliche Schäden der Maßnahmen, SARI, Schulschließungen, Schweden und die verkürzte Darstellung jener Debatten, die gerade deshalb interessant waren, weil sie nicht in die freundliche Schlussformel passten. Denn wenn eine Enquete schon ihre eigene Sitzung so zusammenfasst, dass anschließend geklärt werden muss, was dort tatsächlich gesagt wurde, bekommt der Begriff Aufarbeitung eine erstaunliche Wendung. Dann arbeiten wir nicht nur Corona auf. Dann arbeiten wir die Aufarbeitung der Aufarbeitung auf. Das ist sehr deutsch und organisatorisch vermutlich bereits als Unterarbeitsgruppe denkbar.

Homburg und die möglicherweise vorhandene Wirklichkeit

Es existiert eine offizielle Tonaufnahme bei der Bundestagsverwaltung, auf die Sitzungsmitglieder allerdings keinen Zugriff haben. Auf Basis dieser Aufnahme entsteht der amtliche Ergebnisvermerk. Die Mitglieder mussten sich daher zunächst auf ihre Mitschriften, ihre Erinnerung und den amtlichen Ergebnisvermerk stützen. Diejenigen, die an der ursprünglichen Fassung festhielten, wirkten entsprechend sicher, gegen den Ergebnisvermerk standhalten zu können. Dementsprechend warf Prof. Stefan Homburg in die Diskussion, man müsse wohl damit rechnen, dass weitere Aufnahmen der Sitzung existierten.

Es war nur ein Satz. Aber ein ausgesprochen wirksamer. Die Temperatur im Raum erhitzte sich, ohne dass jemand ein entsprechendes Heizgerät aufstellen musste. Bislang eher passive Mitglieder dieser Arbeitsgruppe schienen blitzartig aufmerksam geworden zu sein und begannen, Homburg mit Strafanzeige zu bedrohen. Denn nun stand nicht mehr nur Erinnerung gegen Ergebnisvermerk. Plötzlich bestand die Möglichkeit, dass die Wirklichkeit irgendwo ein Backup besaß.

Danach wurden die dienstlichen Tonaufzeichnungen zunächst nicht gelöscht. Der AfD-Obmann Kay-Uwe Ziegler bat schriftlich um ihre Sicherung und brachte für die Klärung auch den Ältestenrat ins Spiel. Der amtierende Koordinator Prof. Dr. Christian Weidner bestätigte später, dass die Aufzeichnungen der Juni- und Julisitzungen wegen der noch nicht endgültig abgeschlossenen Protokolle weiterhin vorhanden seien. ***(Anmerkung der Redaktion:*** *Diese Tonbandaufnahme wurde mittlerweile gelöscht, siehe dazu das Interview mit Lausen unter diesem Buchauszug.)*

Damit hatte die Enquete ihre erste kleine praktische Übung in eigener Sache. Sie sollte untersuchen, wie während der Corona-Zeit aus Daten, Annahmen und politischen Entscheidungen eine offizielle Wirklichkeit entstanden war. Nun durfte sie beobachten, wie aus ihrer eigenen Anhörung ein offizieller Ergebnisvermerk entstand. Das Anschauungsmaterial war ausgezeichnet. Man musste nur genau hinhören.

Tom Lausen, Ulrike Lausen, „5 Minuten gegen die Macht. Was über Corona ans Licht kommt - und was im Protokoll verschwinden soll“, Westend, 230 Seiten, 25 Euro

Interview mit Tom Lausen

Multipolar: *Sie schildern im Buch, wie Sie in der Enquete-Kommission am 11. Juni dieses Jahres die ehemalige Direktorin der europäischen Seuchenschutzbehöre ECDC, Andrea Ammon, danach fragten, ob man denn damals ein Team nach Bergamo entsandt hätte um die Vorgänge rund um die hohen Sterbezahlen dort wissenschaftlich zu untersuchen. Sie bejahte das, konnte aber keine Details nennen und versprach diese nachzureichen. Ist das inzwischen geschehen?*

Lausen: Nein. Ammon bestätigte am 11. Juni 2026, dass das ECDC ein Team nach Bergamo entsandt habe, konnte aber weder dessen konkrete Untersuchungen noch Ergebnisse benennen. Bis heute (4 Monate später) liegen mir dazu keine Informationen vor. Da kommt wohl auch nichts mehr. Stattdessen erhielt die Arbeitsgruppe eine nachträgliche Stellungnahme zur historischen Krankenhausunterbelegung.

Multipolar: *Eine Pressesprecherin der Bundestagsverwaltung teilte mir dazu mit, das Sekretariat der Enquete-Kommission habe Frau Dr. Andrea Ammon „im Nachgang der Sitzung alle offenen Fragen, die die Kommissionsmitglieder hatten, – wie vom amtieren Koordinator zugesagt – geschickt und um Beantwortung gebeten“.*

Lausen: Die zugrunde liegende Frage hatte der amtierende Koordinator Christian Weidner an Ammon ohne Beschluss richten lassen. Was er sie genau fragte, wird uns bis heute vorenthalten.

Multipolar: *Sie schildern auch, wie das Protokoll der fraglichen Enquete-Sitzung an entscheidenden Punkten das tatsächlich Gesagte verfälschte und dass es darüber Streit gab. Wie ist das weitergegangen? Wurde das Protokoll inzwischen richtiggestellt?*

Lausen: Nein. Der Vorgang ist inzwischen selbst ein Fall für die Aufarbeitung. Am 11. Juni erklärte Ammon auf meine Frage, die historische Unterbelegung deutscher Krankenhäuser sei für eine Pandemie nicht typisch. Im ersten Ergebnisvermerk stand sinngemäß das Gegenteil. Nach meinem Protest wurde die Passage geändert, diesmal mit der sinnverschiebenden Einschränkung „ganz zu Beginn einer Pandemie“. Am 9. Juli erklärte der amtierende Koordinator in der Arbeitsgruppe, man habe Ammon zur Klärung erneut kontaktiert. Er bestätigte, ein Transkript erhalten zu haben, verweigerte aber dessen Verlesung. Gleichzeitig versicherte er ausdrücklich, dass die Tonaufnahme nicht gelöscht werde.

Am 5. Oktober teilte mir die Bundestagsverwaltung dann mit, die Tonaufnahme sei bereits gelöscht. Auch die vollständige Korrespondenz mit Ammon wurde mir verweigert. Am 5. Oktober verlangte ich die konkrete Rechtsgrundlage für die behauptete Löschpflicht. Darauf erhielt ich keine Antwort mehr. Die Geschäftsordnung des Bundestages gibt diese Löschung nicht her. Ich verstehe es also mehr als Vertuschungstrickserei, die ich mit Dienstaufsichtsbeschwerde quittieren werde.

Multipolar: *Die Bundestagsverwaltung teilte mir dazu mit, dass laut Geschäftsordnung des Bundestages Tonaufnahmen der Ausschusssitzungen „eine Woche nach Verteilung des entsprechenden Protokolls zu löschen“ sind, „es sei denn, dass der Ausschuss etwas anderes beschlossen hat“. Die Löschfrist habe mit Versand des Ergebnisvermerks im Juni 2026 begonnen und sei durch Ihren Einspruch, Herr Lausen, „gehemmt“ worden. Bei der Abfassung des Protokolls sei man „zunächst irrig davon ausgegangen, dass Frau Dr. Ammon sich an einer Stelle versprochen habe“, was man dann nach Rücksprache mit ihr korrigiert habe. Über Ihre, Lausens, Einsprüche und das korrigierte Protokoll habe die AG „anschließend in der Sitzung am 21. September 2026“ abgestimmt „mit der Folge, dass die Fristenhemmung endete und die Löschung sodann zu vollziehen war.“*

Lausen: Beschlossen wurde das nicht, dass es gelöscht werden muss. Die neue Änderung, das *kein*, wurde abgestimmt. Sonst nichts. Von einer Fristenhemmung durch Einspruch und einer sofortigen Löschpflicht nach Abstimmung steht in der Geschäftsordnung des Bundestages kein Wort. Es ist unrechtmäßig und eines Beamten unwürdig. Sie hätten mit der Löschung warten *müssen*. Am 22. September 2026 wurde das korrigierte Protokoll per Email an mich verschickt. Noch am selben Abend widersprach ich, am 28. September protestierte ich erneut ausdrücklich. Trotzdem wurde die Aufnahme nach Angaben der Verwaltung gelöscht, obwohl Weidner am 9. Juli ihre Erhaltung zugesichert hatte. Auf welcher konkreten Rechtsgrundlage? Seit dem 5. Oktober verweigert die Verwaltung eine Antwort auf genau diese Frage.

Multipolar: *Ihr Fazit?*

Lausen: Für mich drängt sich der Verdacht auf, dass eine unbequeme Aussage nachträglich relativiert werden sollte. Die Frage an Ammon bleibt geheim, ihre ursprüngliche Aussage wird verändert und das entscheidende Beweismittel verschwindet. Wie soll eine Kommission verschwundene Akten und widersprüchliche Regierungsentscheidungen aufarbeiten, wenn sie bereits ihre eigenen Sitzungen nicht zuverlässig dokumentiert? Wenn so die Corona-Aufarbeitung funktioniert, wird die Enquete-Kommission selbst zum Untersuchungsgegenstand.

Multipolar: *Die Kommission arbeitet jetzt schon ein Jahr und soll im Sommer 2027 ihren Abschlussbericht vorlegen. Als Zwischenstand: Was betrachten Sie als die größten Erfolge der Kommission bislang?*

Lausen: Der größte Erfolg ist bislang, dass wir entscheidende Verantwortliche mit ihren eigenen Akten und Widersprüchen konfrontieren konnten. Besonders brisant ist die Risikohochstufung des RKI vom 15. März 2020. Am 13. März blieb die Risikobewertung noch unverändert, obwohl Schulschließungen bereits politisch eingeleitet waren. Am 15. März befand sich RKI-Präsident Wieler im Kanzleramt und präsentierte Modellrechnungen. Die Hochstufung soll er am selben Sonntag gemeinsam mit Schaade beschlossen haben. Schaade schilderte uns am 29. Januar 2026 nichtöffentlich eine Besprechung unter Hinweis auf das geöffnete Lagezentrum, ohne ein Telefonat zu erwähnen. Am 23. April bestätigte er, dass es keine Dokumentation dieses Gesprächs gebe. Und am 7. Mai 2026 sagte Prof. Schaade: „Kann ich mich nicht mehr genau dran erinnern…", wo ich war. Wo war Herr Wieler? „Das kann ich Ihnen genauso wenig sagen". Die Bundesregierung erklärte später dagegen, die Entscheidung sei nach Erinnerung der Beteiligten telefonisch erfolgt.

Eine der folgenreichsten Gefahrenbewertungen der Bundesrepublik ist somit bis heute nicht durch einen nachvollziehbaren Entscheidungsvermerk belegt. Dabei stützen sich zahlreiche Gerichtsurteile zur Rechtfertigung schwerer Grundrechtseingriffe auf die Risikoeinschätzungen des RKI. Das macht die ungeklärte Entstehung dieser Bewertung zu einer zentralen rechtsstaatlichen Frage. Auch bei Krankenhausbelastung, Maßnahmenfolgen und parlamentarischer Kontrolle haben die Anhörungen erhebliche Widersprüche sichtbar gemacht. Aber Erkenntnisse sind noch keine Aufarbeitung. Bislang erleben wir zu häufig Erinnerungslücken, fehlende Dokumentation, verkürzte Redezeiten und verfahrensbedingte Begrenzungen.

Mein Zwischenfazit: Der größte Erfolg der Enquete ist bisher, dass wir sichtbar machen, wie wenig die Verantwortlichen ihre folgenreichsten Entscheidungen noch nachvollziehbar belegen können. Ob die Mehrheit diese Erkenntnisse im Abschlussbericht 2027 wirklich aufgreift oder politisch entschärft, bleibt abzuwarten.

Das Interview führte Paul Schreyer.

Über die Autoren: *Ulrike Lausen, Jahrgang 1967, ist in den Bereichen IT und Rechnungswesen tätig und gründete ihr eigenes Unternehmen. Seit 2020 recherchiert sie gemeinsam mit ihrem Mann Tom Lausen zur Corona-Politik. Tom Lausen, Jahrgang 1967, arbeitet seit 1987 als Programmierer und Datenanalyst. Er war Mitgründer und Geschäftsführer einer Unternehmensberatung im Bereich IT-Lösungen. 2021 veröffentlichte er zusammen mit dem langjährigen WDR-Journalisten Walter van Rossum den Spiegel-Bestseller „Die Intensiv-Mafia. Von den Hirten der Pandemie und ihren Profiten". 2024 erschien „Die Untersuchung – Drei Jahre Ausnahmezustand: Ein wegweisendes Gespräch mit künstlicher Intelligenz" (gemeinsam mit Ulrike Lausen). Ab 2022 war Tom Lausen geladener Sachkundiger und Sachverständiger in den Landtagen von Thüringen, Sachsen und Rheinland-Pfalz sowie Parteisachverständiger in Verfahren zur Covid-19-Impfpflicht bei Soldaten vor dem Bundesverwaltungsgericht Leipzig. Seit 2025 ist er Mitglied der Corona-Enquete-Kommissionen des Thüringischen Landtages und des Deutschen Bundestages.*

Titelbild: *Tom Lausen bei der Sitzung der Corona-Enquete-Kommission des Bundestages am 11. Juni 2026 | Foto: Screenshot Videoaufzeichnung Deutscher Bundestag*